

Erzähler vom Westerwald

Sachenburger Tageblatt

Tägliche Nachrichten

für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebiets

Mit der Monatsbeilage: Ratgeber für
Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau.
Druck und Verlag der Buchdruckerei
Th. Kirchhölzl in Sachenburg.

265

Bezugspreis: vierteljährlich 2.70 M.,
monatlich 90 Pfg. mit Frachtkosten; durch die
Post 2.55 M. bezw. 85 Pfg. ohne Postgebühren.

Während des Krieges müssen die Freibeilagen weglassen.

Sachenburg, Montag, den 11. November 1918.

Anzeigenpreis (zahlbar im voraus):
die sechsgehaltene Zeile oder deren
Raum 20 Pfg., die Restzeile 60 Pfg.

11. Jahrg.

Die Aufstands-Bewegung.

Entscheidung wichtiger Tagesereignisse.

In Kiel findet ein Aufruf von Matrosen statt, in dessen Verlauf die politische Macht in die Hände der Aufständischen übergeht.
Die Bewegung greift auf Lübeck und Hamburg über.
Die Reichsregierung mahnt in einem Aufruf an das deutsche Volk zur Selbsttätigkeit und Ordnung.
Die Bewegung gewinnt in mehreren größeren Städten Norddeutschlands an Boden und greift auch auf München und Stuttgart über.
In einer neuen Kundgebung warnt der Reichskanzler vor weiteren Unruhen, da solche den Frieden gefährden könnten.
Die sozialdemokratische Partei fordert in einem Ultimatum die Abdankung des Kaisers und den Thronverzicht des Deutschen Kronprinzen. Der Reichskanzler bietet seinen Rücktritt an. Rücktritt des preussischen Ministeriums.
Die Bewegung gewinnt weiter an Boden und führt zur Gründung einer bayerischen Volksrepublik, zur Abdankung des Herzogs von Braunschweig und zu bedeutenden Verfassungsänderungen in Mecklenburg.
Kaiser Wilhelm II. entsagt dem Throne. Zum Reichskanzler soll Abg. Ebert (Soc.) ernannt werden.

Die Annahme der Waffenstillstandsbedingungen.

Ein Appell an Wilson.

TB Berlin, 10. Nov. (Amtlich.) Heute morgen eine Besprechung der Staatssekretäre statt. Nach Annahme der Bedingungen des Waffenstillstandes sind die Bedingungen angenommen. Entsprechende Angaben sind der Friedensdelegation gegeben worden. Nachst ist folgende Note an Staatssekretär Lansing Washington gesandt worden:

Der Staatssekretär! Ueberzeugt von der Gemeinsamkeit demokratischer Ziele und Ideale hat sich die Regierung an den Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten mit der Bitte gewandt, den Frieden herzustellen. Dieser Friede sollte den Grundentscheidungen, zu denen sich Präsident Wilson stets hat. Er sollte eine gerechte Lösung aller Streitigkeiten und eine dauernde Versöhnung der Völker zum haben. Der Präsident hat ferner erklärt, daß er mit dem deutschen Volke Krieg führe und es in friedlichen Entwicklung nicht behindern wolle. Deutsche Regierung hat die Bedingungen für den Waffenstillstand erhalten. Nach einer Blockade von 50 Tagen würden diese Bedingungen, insbesondere die der Verkehrsmittel und die Unterhaltung der Truppen, zu gleichzeitiger Blockade die Ernährung Deutschlands zu einer verzweifeltsten gestalten. Der Hungertod von Millionen Männern, Frauen und Kindern bedeuten.

Wir mußten die Bedingungen annehmen. Wir aber den Präsidenten Wilson feierlich und ernstlich aufmerksam, daß die Durchführung der Bedingungen im deutschen Volke das Gegenteil der Bestimmung muß, die eine Voraussetzung für den neuen Frieden der Völkergemeinschaft bilden und einen dauerhaften Friedensfrieden verbürgt. Das deutsche Volk wendet daher in letzter Stunde nochmals an den Präsidenten der Bitte, auf eine Milderung der vernichtenden Bedingungen bei den alliierten Mächten hinzuwirken.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes. Solf.

Amtlich.

Berlin, 10. November. Folgendes ist ein Auszug aus den Waffenstillstandsbedingungen:
Inkrafttreten 6 Stunden nach Unterzeichnung.
Sofortige Räumung von Belgien, Frankreich, Elsass, Lothringen binnen 14 Tagen. Was an Truppen nach dieser Zeit übrig bleibt, interniert oder kriegsgefangen.
Abzugeben 5000 Kanonen, zunächst schwere, 30 000 Maschinengewehre, 3000 Minenwerfer, 2000 Flugzeuge.
Räumung des linken Rheinufer. Mainz, Koblenz, Bonn besetzt vom Feind auf Radius von 30 km Tiefe.
Auf rechtem Rheinufer 30 bis 40 km Tiefe neutrale Zone, Räumung in 11 Tagen.
Aus linkem Rheinufergebiet nichts hinwegführen, alle Fabriken, Eisenbahnen etc. intakt belassen.
5000 Lokomotiven, 150 000 Waggons, 10 000 Kraftwagen abgeben.
Unterhalt der feindlichen Besatzungstruppen durch Deutschland.

9. Am Osten alle Truppen hinter Grenze vom 1. 8. 14 zurückzunehmen. Termin dafür nicht angegeben.
10. Bericht auf Verträge von Brest-Litowsk und Brest.
11. Bedingungslos Kapitulation von Ostafrika.
12. Rückgabe des Standes der Belaischen Bank, des russischen und rumänischen Goldes.
13. Rückgabe der Kriegsgefangenen ohne Gegenleistung.
14. Abgabe von 100 U-Booten, 8 leichten Kreuzern, 6 Dreadnoughts; die übrigen Schiffe desarmiert und überbracht von Alliierten in neutralen oder alliierten Häfen.
15. Sicherheit der freien Durchfahrt durch das Kattegat: Wahrung der Minenfelder und Besetzung aller Forts und Batterien, von denen aus diese Durchfahrt gehindert werden könnte.
16. Blockade bleibt bestehen. Deutsche Schiffe dürfen weiter geladert werden.
17. Alle von Deutschland für Neutrale verhängten Beschränkungen der Schifffahrt werden aufgehoben.
18. Waffenstillstand dauert 30 Tage.

Der Beginn des Waffenstillstandes.

WTB Großes Hauptquartier, 11. Nov. (Amtlich.)
Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei Abwehr amerikanischer Angriffe östlich der Maas zeichneten sich durch erfolgreiche Gegenstöße das Brandenburgische Infanterieregiment Nr. 207 unter seinem Kommandeur, Oberstleutnant Gemias, und Truppen der 192. sächsischen Infanterie-Division unter Führung des Oberstleutnants v. Beshau, Kommandeur des Infanterieregiments Nr. 183, besonders aus.

Infolge Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages wurden heute mittag an allen Fronten die Feindseligkeiten eingestellt.

Der Erste Generalquartiermeister Gröner.

Berlin, 10. November. Aus dem Hauptquartier ist, wie verlautet, die telegraphische Nachricht eingetroffen, daß die Oberste Seeresleitung die Autorität der Arbeiter- und Soldatenräte anerkennt. Ferner wird amtlich berichtet, daß der Kriegsminister sich der neuen Regierung zur Verfügung gestellt habe, um die weitere Ernährung des Meeres sicherzustellen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Der Aufruf des Reichskanzlers an die Deutschen im Ausland spricht die Bitte aus, nicht am deutschen Volke zu verzweifeln. Unsere Soldaten, heißt es weiter, haben bis zuletzt so heldenhaft gekämpft, wie nur je ein Heer gekämpft hat. Die Heimat hat eine unerhörte Kraft des Leidens und des Ausbarrens bewiesen. Im fünften Jahre von feindlichen Bombenbeschießungen verließen, konnte das deutsche Volk den Kampf gegen die wachsende Übermacht nicht mehr weiterführen. Der Sieg, auf den viele hofften, ist nicht unter geworden, aber einen größeren Sieg hat das deutsche Volk erlitten, denn es hat sich selbst und seinen Glauben an das Recht der Macht besiegelt. Aus diesem Sieg werden wir für die schwere Zeit, die uns bevorsteht, neue Kräfte schöpfen, auf die auch ihr bauen könnt. Der Aufruf verpflichtet zum Schluß die angelegentlichste Fürsorge der Reichsregierung und des deutschen Volkes auch für die Brüder im Ausland.

+ Die wegen kommunistischer Unruhen aus Berlin ausgewiesene russische Botschaft soll sich noch in Minsk befinden, da die russische Regierung den deutschen Missionen in Russland noch nicht die Ausreisepässe gegeben hat. Solange soll Herr Joffe mit seiner Umgebung in Minsk bleiben. In den beschlagnahmten Rissen der russischen Kuriers befanden sich Flugblätter, die auf ein enges Zusammenarbeiten der russischen Botschaft mit umsturzlerischen Gruppen in Deutschland hinweisen. So waren derartige Flugblätter in Solingen, Duisburg, Köln, Stuttgart, Düsseldorf und Berlin aufgetaucht. — Wie aus London gemeldet wird, betrachten die Alliierten es als ihre dringlichste Aufgabe, Russland vom Bolschewismus zu befreien, weil sonst die Gefahr besteht, daß die staatsverfeindlichen Ideen der Umstürzler sich wie eine Epidemie über ganz Europa ausbreiten.

+ Im Reichswirtschaftsamt fand eine Konferenz leitender Unternehmer und Gewerkschaftsführer statt. Es wurde beschlossen, die Demobilisierung einer besonderen Demobilisierungsstelle anzuvertrauen, die in enger Verbindung mit Reichswirtschaftsamt und Reichsarbeitsamt stehen und biktatorische Vollmachten haben soll. Sie soll einem eigenen Staatssekretär unterstellt werden.

+ Die Verordnung des Bundesrats über die Bildung von Wohnungsvorständen gibt den Gemeinden, Gutsbezirken und Gemeindeverbänden das Recht, sich zur Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen zur Bekämpfung des Wohnungsmanagements mit staatlicher Ge-

waltung zu Wohnungsvorständen zusammenschließen zu lassen. Die Landeszentralbehörde kann den Zusammenschluß anordnen. Die Verordnung soll spätestens bis 31. März 1924 Geltung haben. In erster Linie ist die Verordnung auf Berlin zugeschnitten, wo mehrere Monate lange Verhandlungen über freiwilligen Zusammenschluß stattfanden. Aber auch für andere Gegenden des Reiches kann sich ein derartiger Zusammenschluß als notwendig erweisen.

+ Vertretern der Gewerkschaften und anderer Interessenverbände erklärte Staatssekretär Sauer vom Reichsarbeitsamt, die dringlichsten Fragen seien in nächster Zeit die mit dem Kriege und der Übergangswirtschaft im Zusammenhang stehenden. Vor allem wird das Reichsarbeitsamt der Regelung des Arbeitsnachweises sein Interesse zuwenden, ferner soll eine gesetzliche Grundlage für die durch militärische Anordnung errichteten Zentralauskunftstellen und für eine allgemeine gemeinnützige Berufsberatung und Arbeitsvermittlung geschaffen werden. Die Erwerbslosenfürsorge während der Übergangszeit soll durch eine bereits im Laufe der nächsten Woche zu erwartende Bundesratsverordnung geregelt werden, welche die Gemeinden zu einer ausreichenden Fürsorge verpflichtet.

+ Das neue Ministerium für Etsch-Etschungen ist durch den Statthalter Schander und Staatssekretär Haug gebildet worden. Das Finanzwesen ist dem Währungsminister Wilsch anvertraut, die Justiz dem Rechtsanwalt Kuntz (Colmar), die Landwirtschaft dem Grafen v. Andlau, der Kultus dem Generalleutnant Dr. Döbl. Dieser ist zugleich Landesoberpräsident für Strassburg-Land, während die drei anderen Unterstaatssekretäre Mitglieder der ersten Kammer sind.

Ungarn.

+ Die neue Regierung beabsichtigt in der allerersten Zeit mit der neuen Landesverteilung zu beschäftigen. In einer Kundgebung des Adelsamtes werden die Soldaten, die Landarbeiter sind und keinen Boden oder wenigstens als zehn Joch besitzen, aufgefordert, sich bei den Gemeindevorständen einschreiben zu lassen. Die Bedingungen für Bodenbesitz werden von dem neuen Reichstag festgelegt werden. Die Kaufpreise werden mäßig und in langer Frist fixiert sein. Vom Bodenbesitz ausgeschlossen sind diejenigen, die Raub und Plünderung oder Mord verüben.

Frankreich.

+ Die französischen Sozialisten erklären sich einmütig gegen einen Gewaltfrieden. Die Presse verlangt immer energischer die Einberufung einer internationalen Sozialistenkonferenz und starke Einflussnahme auf die Gestaltung des Friedens. Mehrere Organe erklären, daß sich die Sozialisten entschieden gegen Friedensverhandlungen erklären müßten, die auf eine Vergewaltigung des Gegners hinauslaufen. In Paris hat eine starke Bewegung gegen die Kriegsheber eingesetzt.

Amerika.

+ Die bisherigen Wahlergebnisse sollen es nach offiziellen Meldungen nicht zweifelhaft lassen, daß die Republikaner den Sieg über die demokratische Partei Wilsons davongetragen haben. Für das Repräsentantenhaus sind, soweit bekannt, 219 Republikaner und 183 Demokraten gewählt worden. Die übrigen Wahlergebnisse stehen noch aus, aber eine republikanische Mehrheit ist gesichert. Im Senat erhielten die Demokraten 45, die Republikaner 44 Sitze. In vier von den abzuwählenden 7 Wahlbezirken sind die Aussichten für die Republikaner günstig.

Rücktritt des preussischen Ministeriums.

Die Parlamentarisierung in Preußen.

Berlin, 8. November.

Heute nachmittag fand unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten Dr. Friedberg eine Sitzung des preussischen Staatsministeriums statt, in der die Parlamentarisierung in Preußen besprochen und in Verbindung damit der Rücktritt des Gesamtministeriums beschlossen wurde.

Aller Wahrscheinlichkeit nach wird Dr. Friedberg parlamentarischer Ministerpräsident werden. Natürlich sollen auch Sozialdemokraten in die neue Regierung eintreten. Zugleich sind die Mehrheitsparteien bestrebt, die Wahlrechtsreform in Preußen so schnell wie möglich zum Abschluß zu bringen.

Reichsgesetzliche Regelung des Wahlrechts!

Die Mehrheitsparteien des Reichstages haben sich geeinigt, in der nächsten Reichstagsitzung folgenden Initiativantrag einzubringen:

„Die Wahlen zum Reichstag und zu den Volksvertretungen aller Bundesstaaten finden nach dem geheimen, gleichen und unmittelbaren Wahlrecht, nach den Grundsätzen der Verhältniswahl statt. Wahlberechtigt ist ohne Unterschied des Geschlechts, wer das 21. Lebensjahr vollendet hat. Die Zugehörigkeit geht nicht dadurch verloren, daß der Abgeordnete ein Amt annimmt oder in ein anderes Amt eintritt.“

Damit wird das gleiche Wahlrecht für Männer und Frauen durch Reichsgesetz in allen Bundesstaaten eingeführt. Die preussische Wahlreform ist somit erledigt. Es handelt sich nur noch um Maßnahmen, die das Verhältniswahlrecht und die Einteilung der Wahlkreise regeln.

Erhebung der Brotkrone.

Berlin, 8. November.

Seit vier Jahren hat das deutsche Volk die Lasten und Entbehrungen des Krieges mit bewundernswerter Standhaftigkeit getragen. Jetzt steht der Friede und die Aufhebung der Hungerblockade in naher Aussicht. Damit wird auch eine Entspannung unserer Ernährungslage eintreten. Am 1. Dezember wird die Brotkrone erhöht werden. Andere Erleichterungen werden allmählich folgen. Voraussetzung dafür wie überhaupt für die Weiterverjüngung der Bevölkerung ist unbedingte Aufrechterhaltung der Ordnung. Jede Störung verbindet die regelmäßige Lebensmittelfuhr und bedroht die Großstädte und die Industriebezirke mit unsagbarem Elend. Wir wenden uns an das gesamte deutsche Volk, diese schwere Gefahr abzuwenden.

Staatssekretär und Vorstand des Kriegsernährungsamtes.

Die Umwälzung in Berlin.

Berlin, 9. November.

Nachdem morgens schon in einigen Stadtvierteln Umzüge von streikenden Arbeitern den Tag eingeleitet hatten, stieg die Aufregung gegen die Mittagsstunde auf den höchsten Punkt. Um diese Zeit wurde die Abdankung des Kaisers bekannt. Vor dem Gebäude des „Vorwärts“, auf dem rote Fahnen flatterten, sammelten sich große Menschenmengen. Die noch arbeitenden Betriebe wurden von den Arbeitern verlassen, als folgendes Flugblatt mehr und mehr verbreitet wurde:

Generalkrieg!

Der Arbeiter- und Soldatenrat von Berlin hat den Generalkrieg beschlossen. Alle Betriebe stehen still. Die notwendige Versorgung der Bevölkerung wird aufrecht erhalten. Ein großer Teil der Garnison hat sich in geschlossenen Trupps mit Maschinengewehren und Geschützen dem Arbeiter- und Soldatenrat zur Verfügung gestellt.

Die Bewegung wird gemeinschaftlich geleitet von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Arbeiter, Soldaten, sorgt für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung. Es lebe die soziale Republik!

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Durch die Straßen jagten unaufhörlich mit Soldaten besetzte Autos, die sich auf ihre Posten begaben. Die Volksmenge trug vielfach rote Flaggen. Ständig stürmisch ging es in Moabit zu, wo bereits übergegangene Soldaten und bewaffnete Bürger in die Kasernen drangen, die darin befindlichen Soldaten herausholten und entwaffneten. Auch auf der Straße wurden alle einzelgehenden Militärpersonen angehalten und entwaffnet. Die elektrischen Bahnen wurden nachmittags den Betrieb einstellen, da die Arbeit in den Betrieben ruhte und kein Strom mehr vorhanden. Bis zur vierten Nachmittagsstunde war von größeren Zusammenstößen oder Zwischenfällen nichts bekannt geworden.

Berlin, 10. November. Der neue Reichskanzler Ebert erließ eine Rundgebung an die deutschen Bürger, in der er erklärte, daß die neue Regierung eine Volksregierung sein werde und sich bestreben müsse, dem deutschen Volke schnellstens den Frieden zu bringen. Es bleibe die erste Pflicht aller, die Produktion von Nahrungsmitteln und ihre Zufuhr in die Städte nicht zu hindern, sondern zu fördern. Da Nahrungsmittelnot Blinderung und Raub bedeute. In einem zweiten, an alle Behörden und Beamten gerichteten Aufruf bittet der Reichskanzler die Beamtenschaft in Stadt

und Land, der neuen Regierung hilfreiche Hand zu leisten, wenn es auch vielen schwer fallen sollte, mit den neuen Männern zu arbeiten.

Berlin, 10. November. Arbeiter- und Soldatenräte haben sich fast im ganzen Reich gebildet. Die Bewegung ist im Fortschreiten. Ständig treffen neue Meldungen ein. In Darmstadt ist Gelsen als deutsche Republik ausgerufen worden. In Gotha wurde die Abkehrung der Dynastie und die Einnahme der sozialistischen Republik verlangt.

Berlin, 10. November. Wenige Ausnahmen abgerechnet, hat sich die Umwälzung hier in verhältnismäßig ruhiger Form vollzogen. Das Polizeipräsidium und das Oberkommando wurden der neuen Regierung übergeben. Die königlichen Schlösser wurden besetzt. Auf dem Schloß an der Schlossfreiheit hat Liebknecht die rote Fahne gehißt. Auch vom Brandenburger Tor weht die rote Flagge. Zu blutigen Zusammenstößen, bei denen mehrere Personen schwer verletzt wurden, kam es nur am Marstall und an der Neuen Bibliothek. Die Militärgefangenen wurden überall befreit, und es heißt, daß auch die Gefangenen aus dem Gefängnis in Moabit befreit worden sein sollen.

Die Umwälzung in Bayern.

Absetzung der Dynastie Wittelsbach.

München, 9. November.

Bayern ist in der Nacht zum Freitag durch einen Handstreich eine soziale Republik geworden. Die Umwälzung wurde der Bevölkerung Münchens durch eine Proklamation des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates mitgeteilt, in der es u. a. heißt:

„Bayern ist fortan ein Freistaat. Eine Volksregierung, die von dem Vertrauen der Massen getragen wird, soll ununterbrochen eingesetzt werden. Eine konstituierende Nationalversammlung, zu der alle mündigen Männer und Frauen das Wahlrecht haben, wird so schnell wie möglich einberufen werden. Bayern will Deutschland für den Völkerverbund rufen. Die jetzige Umwälzung war notwendig, um im letzten Augenblick durch die Selbstregierung des Volkes die Entwicklung der Zustände ohne allen schweren Geschicklichkeiten zu ermöglichen, bevor die feindlichen Heere die Grenzen überschreiten oder nach dem Waffenstillstand die demobilisierten deutschen Truppen das Chaos herbeiführen. Der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat wird strengste Ordnung sichern. Der Bürgerkrieg der Sozialisten ist für Bayern beendet. Auf der revolutionären Grundlage, die jetzt gegeben ist, werden die Arbeitermassen zur Einheit zurückgeführt.“

Am Morgen wurde der Bevölkerung durch rote Plakate an den Aufschlagstellen mitgeteilt, daß die Dynastie Wittelsbach abgesetzt sei. Am Vormittag trat die provisorische Regierung der neuen Republik zusammen. Die Kurt Eisner mit einer Ansprache eröffnete, in der er den Verlauf der Revolution schilderte und das Programm der zu berufenden Nationalversammlung entwickelte.

Die neue Regierung.

In dem Revolutionskabinett übernimmt das Präsidium und das Äußere der frühere Vordruckschreiber Kurt Eisner, das Vizepräsidium und das Ministerium für Kultus der sozialdemokratische Abgeordnete Hoffmann-Kaistler, ein früherer Volksschullehrer, das Ministerium für militärische Angelegenheiten (ein Kriegsminister soll nicht mehr existieren) der sozialdemokratische Abgeordnete Rohhaupter. Es gesteuerte sich, sagte Eisner, für eine demokratische Regierung, daß in der Demokratie ein Zivilist die militärischen Angelegenheiten leitet. Das Innere übernimmt Eisners bisheriger schärfster Gegner bei der Wahl für den Reichstag und bei dem Kampf der offiziellen Sozialdemokratie gegen die Unabhängigen, der sozialdemokratische Abgeordnete Gerhart Auer. Der frühere Verkehrsminister Frauendorfer hat sich der neuen Regierung angeschlossen.

Der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat.

Der neue Minister Auer hat in der Versammlung der vorläufigen Regierung folgendes Präsidium für Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat vorgeschlagen:

Erster Vizepräsident ist der Abgeordnete Franz Schöner, der ebenfalls im Gefängnis lag und an revolutionären Erhebungen beteiligt ist. Den zweiten Vizepräsidenten übernimmt der Abgeordnete Dr. Quide. Schriftführer werden die Abgeordneten Gangdörfer, Vogel, Schließ und Körner. Die vorgeschlagenen Minister und das Präsidium des Rates wurden einstimmig vom Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat gewählt. Der Präsident verkündete dann, daß die Proklamation der Regierung und das genaue politische soziale Programm bekanntgegeben würde. Stadt und Land werden einig zusammengehen. Die Umwälzung vollzogen. Jeder, der die Neuordnung mißbilligt, plündert oder raube, werde strengstens bestraft. Alle übrigen Beamten bleiben in ihrer Stellung.

Soldatenräte in Mecklenburg.

Bildung eines parlamentarischen Ministeriums.

Schwerin, 9. November.

Gestern begaben sich Vertreter des Arbeiter-, Soldatenrates zum Staatsministerium, wo auch der Herzog weilte, um ihre Forderungen vorzutragen.

Der Großherzog machte nach der Unterredung Entschlüsse bekannt, wonach sofort eine parlamentarische Landesverfassung eingeführt und ein neues Ministerium aus Vertretern der mecklenburger Reichstagsabgeordneten gebildet werden soll.

Wie verlautet, sind für das neue Ministerium in Schwerin anwesenden Reichstagsabgeordneten Stokopich und Dr. Wendorf, ein Vertreter der Mehrheitssozialisten aus Mecklenburg und ein Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates.

Auch Württemberg Republik.

Berlin, 9. November.

Nach sehr bestimmt auftretenden Nachrichten sollen auch in Württemberg ähnliche Ereignisse wie in Bayern geschehen haben. In den Mittagsstunden hieß es hier, daß König habe für sich und die Dynastie auf den Thron verzichtet. Nach anderen Nachrichten ist nur eine unvollständige politische Neuordnung gefordert und sofort in Angriff genommen worden.

Stuttgart, 10. November. Im Landtag haben sich eine neue provisorische Regierung gebildet. Der Reichstag hat erklärt. General von Ebbinghaus hat seinem Offizierskorps dem Arbeitsausschuß zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit zur Verfügung gestellt.

Auflösung der k. u. k. Armee.

Blindernde und mordende Truppen.

München, 8. November.

Der Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Armee gestaltet sich zu einer wahren Tragödie, die auch in den Schatten stellt, was sich selbst in den schlimmsten Tagen in Russland ereignete. Alle Bande der Disziplin und Disziplin lösen sich. Die Offiziere sind machtlos. Die Soldaten müssen vielfach froh sein, wenn sie das nackte Leben retten. Ganze Bataillone und Regimenter laufen einfach auseinander, wobei die Leute die Militärmagazine plündern und den Raub teils mitschleppen, teils Spotttreiben an den Böbel verkaufen. Die Sprachlosigkeit des nationalen Vabells trägt dazu bei, den Wutwut noch zu verstärken. Die fünf selbst unabhängigen Staaten, in die die ehemalige kaiserliche Monarchie zerfallen ist, rufen jeder auf sich, daß ihre Truppen hierhin und dorthin, so daß sie

Rote Rosen.

Roman von H. Courths Mahler.

11) Nachdruck verboten.

Der regierende Herzog Karl hatte mit seinem Minister, Erzengel von Waldow, verschiedene Sachen von Wichtigkeit besprochen und nitte ihm nun freundlich zu.

„Ich danke Ihnen, Erzengel, und will Sie nun nicht länger in Anspruch nehmen. Oder haben Sie mir noch etwas zu melden?“

Se. Erzengel verneigte sich.

„Würden mir Eure Königliche Hoheit noch einige Minuten in privater Angelegenheit Gehör schenken?“

„Aber gewiß, sehr gern, meine liebe Erzengel. Bitte, nehmen Sie Platz und sprechen Sie.“

Der Minister rißete seine Augen groß und ernst in die seines hohen Herrn. Sein feines, kluges Diplomatengezicht rötete sich ein wenig.

„Eure Königliche Hoheit gestatten, mir die untertänigste Meldung, daß sich meine Tochter Josta — Eure königliche Hoheit wissen, daß sie meine Adoptivtochter ist — mit dem Grafen Ramberg verlobt hat.“

Der Herzog, eine schlanke, fast hagere, brünette Erscheinung, fuhr überrascht auf.

„Doch nicht mit Graf Rainer Ramberg?“

„Doch, mit dem Majoratsherrn Grafen Rainer Ramberg, königliche Hoheit“, erwiderte der Minister.

Das Gesicht des Herzogs bekam einen freudigen Ausdruck. Er streckte dem Minister seine Hand entgegen.

„Meine liebe Erzengel, das freut mich aufrichtig! Wahrscheinlich, so sehr hat mich lange keine Nachricht erfreut. Das ist mir doch ein Zeichen, daß Graf Rainer endlich überwunden hat, was ich einst über ihn und meine Schwester verhängen mußte.“

„So ist es, königliche Hoheit. Graf Rainer sieht die Notwendigkeit ein, sich zu verheiraten. Mit meiner Tochter verbindet ihn, schon seit deren Kindheit, eine herzliche Sympathie. Und in diesem ruhigen Gefühl, mit dem sich eine große Hochachtung paart, hat er um meine Tochter geworben. Auch sie bringt ihm ein ruhiges, sympathisches Empfinden entgegen. Aber ich hoffe, vielleicht gerade deshalb, daß es eine harm-

lose Ehe wird. Die beiden Charaktere bürgen mir dafür.“

„Und ich wünsche von Herzen, daß sich diese Hoffnung erfüllt, meine liebe Erzengel. Weis Gott, es hat mir bisher schwer genug auf der Seele gelegen, daß der Graf so gar keine Anstalten machte, sich zu verheiraten. Zumal seit er das Majorat übernommen hat, habe ich das lebhaft gewünscht. Wenn er auch noch einen jüngeren Bruder hat, so steht doch das alte Grafengeschlecht nur noch auf vier Augen. Also meinen herzlichsten Glückwunsch. Ich werde dem jungen Paare meine Glückwünsche persönlich aussprechen. Hoffentlich bleibt Graf Ramberg nun in Zukunft unserm Hofe nicht mehr so fern, wie in den letzten Jahren — seit — nun — Sie wissen ja, Erzengel. Sehen Sie, seit meine Schwester vernünftig geworden ist und im Besitz ihrer beiden Söhne nun doch in der Ehe mit dem Großherzog Albert ihr Glück gefunden hat, habe ich den Wunsch doppelt gehabt, daß auch Graf Rainer sich trösten und eine Ehe eingehen möge. Es ist mir damals, das wissen Sie nur zu gut, herzlich schwer geworden, trennend zwischen meine Schwester und den Grafen zu treten, als ich von ihrer Liebe erfuhr. Solch eine große, tiefe Liebe, die sich über alle Standesunterschiede erhebt, ist gewiß etwas Heiliges, in das man nicht gern hineinstört. Und meine Schwester liebe ich so zärtlich, daß ich sie gern vor Leid bewahrt hätte. Aber ich konnte weder sie schonen, noch den Grafen, nicht wahr, das wissen Sie?“

„Ich weiß es, königliche Hoheit, es ging nicht anders. Die Hand Ihrer Hoheit, der Prinzessin Helena, war dem Großherzog Albert bereits zugelegt. Ich selbst habe Eure königliche Hoheit damals bestärken müssen, darauf zu bestehen, daß diese Verbindung zustande kam. Und wenn auch schweren Herzens, so bin ich doch damals mit dem festen Willen zu Graf Rainer gegangen, seinen Verzicht — zur Not — zu erzwingen.“

Der Herzog seufzte.

„Ja, ja, Erzengel, das war damals eine schwere Zeit für uns beide — und auch für die beiden jungen Menschen, die nicht voneinander lassen wollten und wenig nach Politik und Standesunterschied fragten. Aber gottlob, nun ist alles gut geworden! Und Graf Ramberg hat meiner Schwester in seinem Herzen

eine würdige Nachfolgerin gegeben. Ihre Tochter, meine liebe Erzengel, ist eine junge Dame von selten und trefflichen Eigenschaften. Meine Gemahlin und ich wir schätzen sie sehr hoch. Ich freue mich sehr, wenn gerade sie Gräfin Ramberg wird. Sie wird eine würdige Nachfolgerin der schönen Gräfin Gerlinde werden. Die Grafen Ramberg, sagt man, haben immer die schönsten Frauen heimgeführt. Und — ich muß Ihnen nun auch noch danken, Erzengel, daß Sie mir während dieser Verlobung Mitteilung machten, ehe sie publik wurde. Auf alle Fälle kann ich da meine Schwester in einem vertraulichen Schreiben vorher unterrichten, denn — man kann nicht vorsichtig genug sein. Wenn sie diese Nachricht unvorbereitet vor der Öffentlichkeit empfangen würde, könnte es doch möglich sein, daß sie sich verraten könnte. Ein wenig, wenn sie diese Nachricht doch noch erschüttern. Nicht wahr, das ist doch verständlich?“

Der Minister neigte das Haupt.

„Eure königliche Hoheit können versichert sein, daß ich das sehr verständlich finde. Es war auch mein erster Gedanke, Eurer königlichen Hoheit diese Nachricht zu überbringen, ehe sie publik wird.“

Der Herzog nickte freundlich.

„Ich danke Ihnen, Erzengel. Sie sind, wie immer, sehr umsichtig gewesen. Also, bitte, sagen Sie dem Grafen, daß ich ihn mit seiner Braut morgen in besonderer Audienz empfangen werde, um dem Brautpaar meine Glückwünsche aussprechen zu können.“

„Ich danke Eurer königlichen Hoheit im Namen des Brautpaares für diese Erlaubnis. Zugleich möchte ich noch eine ergebene Bitte aussprechen.“

„Nur zu, Erzengel.“

„Meine Tochter weiß nichts von dem, was vorangegangen ist. Wir haben Eurer königlichen Hoheit um absolutes Stillschweigen verifiziert über diese Angelegenheit, Graf Ramberg sowohl als ich. Dies Schweigen war gegen jedermann selbstverständlich. Aber wir haben beabsichtigt, es auch gegen meine Tochter aufrecht zu erhalten. Und deshalb möchte ich ergebenst bitten, daß auch Eure königliche Hoheit meiner Tochter gegenüber kein Wort darüber fallen lassen.“

Fortsetzung folgt.

Abtransport und jede ordnungsmäßige Ver-
euerung unmöglich ist. Am rücksichtslosesten geht
die neue ungarische Revolutionskriegs-
führer vor, der den ungarischen Truppen
befohlen hat, auf dem Feld, wo sie stehen, die
niederzuliegen, auch wenn sie im Verbands von
anderer Nationalitäten kämpfen — also die
Hofforderung, die Waffengefährten in Stich zu
lassen und auf dem kürzesten Weg nach Ungarn zurück-
zuweichen. Da nur die wenigsten Truppen mit der Bahn
transportiert werden können, verlassen viele Truppenkörper,
nach der Heimat durchzuschlagen, wobei ihr
eigens Requirieren in

Plündern, Streit, Raufereien und Mord
den Truppen übergeht. Besonders arg wird von
Landplage schon jetzt ein Teil von Tirol bedroht.
Die heimgefluchten Städte und Ortschaften zur
Zurücknahme, ist man mitten im Bürgerkrieg. Dazu kommt,
großen Gefangenenslager, in denen Hunderttausende
der Kriegsgefangenen interniert sind, teilweise von
Nachkommandos verlassen sind, so daß die Kriegs-
gefangenen ausbrechen konnten, und da sie ohne Lebens-
mittel, marodierend das Land durchziehen. Sogar
bei Wien, aber auch in Salzburg und anderen
rief die Kunde von den brennenden und sengenden
Gefangenenslagern Panik hervor. In Budapest,
und Giume haben sich kroatische und ungarische

regelmäßige Schlächten
Dazu kommen innerhalb Kroatiens greuliche
Verbrechen bewaffneter Deserteurbanden, die sogenannten
„Raders“, die Eisenbahnzüge überfallen, die
bis auf die Fremde ausplündern und Städte und
Ortschaften heimsuchen. Die „grünen Raders“ haben auch
einzelne Streifzüge nach Ungarn und Steiermark
gemacht. Auch zwischen Polen und Ukrainern ist
der Krieg ausgebrochen, und in den Straßen von
Lemberg sieht man kroatische und polnische Regimenter
inmitten österreichisch-ungarischer Armee und beider-
seitiger erbitterter und blutiger Kämpfe. Endlich
bei Kuttinberg auch schon zum Kampf zwischen
den Truppen und tschechischen Soldaten gekommen,
auf beiden Seiten nicht nur Maschinengewehre,
sondern sogar Geschütze in den Kampf eingegriffen haben.
Der Wiener Ostbahnhof ist es zu einer großen
Kampfstätte zwischen ungarischen Soldaten und solchen
anderer Nationalitäten gekommen. Auf dem Frachthafen
der Nordbahn haben kroatische Marodeure
österreichische Kriegsgefangenen unter Hilfe des haupt-
sächlichsten Bösewichts ausgeplündert. Ein Teil
österreichischer Lagerhäuser mit Vorräten wurde in Brand
gesteckt. Ferner ist überall die Bildung von Soldatenräten
ange, die natürlich auch keinen Rat wissen gegen die
ausgebrochene schreckliche Hungersnot.

Die 1. und 2. Regierung will nicht abdanken.
Der deutsch-österreichische Staatrat hat an die immer
amtierende 1. und 2. Regierung das Verlangen
geäußert, daß ihm alle Eingänge und Aktenstücke vorgelegt
werden, die bei der ehemaligen 1. und 2. Regierung ein-
gegangen sind. Es kam eine Einigung zustande, doch erklärte
die 1. und 2. Regierung, sie habe nach wie vor Anspruch
auf die gemeinsame Vertretung aller Landesteile. — Dem
Ordnungsbefehl wird es immer ungreiflich bleiben,
wofür Funktionen diese 1. und 2. Regierung, die Kaiser
den ruhenden Land einberufen hat, eigentlich ausübt, da doch
einige Teile der Monarchie ihre eigenen Regie-
rungen haben.

Deutsch-Böhmen unterwirft sich nicht.
Der ersten Sitzung des Landtages von Deutsch-
Böhmen, der in Reichenberg zusammengetreten ist, erklärte
der Vertreter des Landeshauptmanns, die deutsch-
böhmischen Abgeordneten würden ihr Recht gegenüber den
tschechischen Ansprüchen unter allen Umständen durchsetzen,
es sei ihm, mit Gewalt. Er richtete einen Appell
an die deutsch-böhmischen Abgeordneten, die Kampfkraft der Abgeordneten
Einigkeit und Entschlossenheit zu stärken.

Der Einmarsch der deutschen Truppen.
Dem Anschein nach wird sich ganz Nordtirol den
bayerischen Truppen anschließen. Der deutsch-
böhmische Nationalrat beschloß, gegen den Einmarsch
deutscher Truppen in Salzburg und Tirol seinen Ein-
marsch zu erheben. Während die Bayern durch Besetzung
der Städte Innsbruck, Rastatt, Walsen die Tiroler
zu sichern, sind sächsische Truppen zum Schutz der
Schweizer-österreichischen Grenze in Eger eingezogen. Natürlich
erhob der tschechische Nationalrat feierlich Protest, erheben
aber den sächsischen Befehlshaber nicht hinderte, die
verordneten Maßnahmen zur Sicherung der Grenze
durchzuführen.

Das Ende der österreichisch-ungarischen Flotte.
Die frühere österreichisch-ungarische Schlachtflotte hat
auf zu existieren. Die wertvollsten Schlachtkräfte
auf dem Grunde des Meeres. Aus Salzburg zurück-
gekehrte österreichische Marineoffiziere erzählten, daß die
Flotte, denen die Kriegsschiffe auf kaiserliche Anord-
nungsbefehl worden war, in Pola die größten
Schiffe, deren Baukosten bis zu 72 Millionen
betrugen, durch Sprengung versenkt haben, um
sie in die Hände der Italiener fallen zu lassen.

Die Reichsdeutschen bleiben in Ungarn.
Der Budapest deutsche Generalkonsul Graf Fürsten-
berg hat den Ministerpräsidenten Karolyi auf, um ihm
mitteilen, daß Deutschland die Abmachungen bezüglich
Abgrenzungen weiter einhalten wolle. Es seien
große Hoffnungen unterwegs. Der Budapest
der Reichsdeutschen verhandelte die Frage über die
Truppen für den zu erwartenden Einmarsch der
Truppen in Ungarn. Es wurde der Plan erwogen,
Deutschland zurückzuführen. Da es aber in der
Zeit vorgekommen ist, daß in Österreich auf deutsche
Truppen geschossen wurde, ließ man indes den Plan
auf und beschloß, sich unter dem Schutz des National-
rats zu stellen, in der Hoffnung, daß die Entente im Falle
einer Abreise Ungarns von der Internierung der Reichs-
deutschen ablassen werden, da hier während des Krieges
die Angehörigen der Entente nicht interniert
sind.

Verschiedene Meldungen.

Wien, 8. Nov. Alle Meldungen über Vorbereitungen in
einem Aufenthalt des Kaiserpaars in der Schweiz sind er-
funden.

Wien, 8. Nov. Auf dem Schloß des Grafen Czernin
wurde im Auftrag der kaiserlichen Hofkanzlei eine Hausdurch-
suchung vorgenommen. Es wurden wichtige Akten beschlagnahmt.

Wien, 8. Nov. Der deutsch-österreichische Staatrat
erließ gestern eine Demobilisierungsbefehl, wonach alle
deutsch-österreichischen Soldaten über 42 Jahre sofort
zu entlassen sind, alle Entlassenen und mit Urlaubsscheinen
Beurlaubten nicht mehr einzurufen brauchen.

Budapest, 8. Nov. Die serbischen Truppen sind in
Serajewo eingedrungen.

Wien, 8. Nov. Abg. Gewitz ist als Vertreter des öster-
reichisch-ukrainischen Staates hier eingetroffen.

Der letzte Hohenzoller.

Es erfüllt sich ein Schicksal.

Und man mag sagen, was man will, es rüttelt doch
Millionen von Volksgenossen bis ins Mark.

Hier soll die Unabwendbarkeit der Ereignisse nicht
nochmals unterstellt und ausgedeutet werden. Es sei auch
nicht weiter nach dem Maße der Schuld der Persönlichkeit
des letzten Trägers der Krone gefragt, wenn der Hammer
der Geschichte den Thron erschmettert, wenn die an-
glorreichen Abschnitte reiche Regierung des Hohenzol-
lernhauses in Preußen und dem Reich an ihrem Ab-
schlusse steht. Durch die lange Kette der inneren und
äußeren Kriese seit Jahr und Tag zieht sich der hitzige
Streit der Parteien darüber, wie es gekommen ist und
kommen konnte, daß Wilhelm II. mit allen Gebrechen des
Systems persönlich befaßt wurde, an dessen Ende das
ganze Grauen eines verlorenen Kampfes steht. Ein
verlorenen Kriege, für den unerhörte Kräfte unseres
deutschen Volkstums eingesetzt, in den alle Quellen unserer
Wirtschaft geleitet worden sind. Eine Welt mußte sich
gegen das Deutschland verbünden, um den Zusammenbruch
herbeizuführen. Mit dem Griffel in der Hand stehen
unser Unterhändler, um das Diktat der Friedensbe-
dingungen der Feinde entgegenzunehmen. In dieser
Stunde stürzt das Alte, in dieser Stunde schreitet der
Monarch vom Throne herab und eine neue Zeit tritt die
Erbischaft an.

Wenn die Gemüter in wilder Wallung sind, wenn
das Volk sich im Tumult befindet und alles flieberhafte
Sinnen nur darauf aus sein darf, der Raskulatur des
Volkstörpers Herr zu werden, auf daß ihn die sich herab-
senkende Last nicht zu Brei zerquetsche, dann ist kein
Raum mehr für eine leidenschaftslose Abwägung und Ab-
gleichung von Schuld und Sühne, für die historische Ge-
rechtigkeit, die den Parteien das Bild gelassen und fast
entwunden, das sie in den Erregungen der Stunde hin-
und herzerren. Also tritt still beiseite. Als sie ihres
Amtes wieder waltet, bis sich in ihrer Hand die
Fäden aus dem chaotischen Würfel der Meinungen,
Anlagen und Verhüte wieder ordnen, bleibt das letzte
Wort ungelagt. Aber das verhindert nicht, zu erkennen,
daß gegenüber dem ungeklärten Drange der Enttäuschten,
die die Macht jetzt selbst in die Hand nehmen, gegenüber
dem hemmungslosen „Kreuzer“, Rufe, der den Monarchen
als Sündenbock in die Wüste schießt, ungezählte Tausende
von Staatsbürgern, die durchaus kritisch der Persönlich-
keit und der Regierungsweise des Kaisers gegenüber-
stehen, heute dennoch auch anderen Gedanken Raum
geben. Sie lehnen es einmal ab, die schwere Frage der
Verantwortung persönlich so eng zu umgrenzen und auf
den Träger der Krone zuzupiken, sie belassen damit weit
über die Säulen hinaus, was man als das nieder-
brechende System bezeichnet, zahlreiche Faktoren unseres
gesamten öffentlichen Lebens und sie sind nicht so rasch
fertig mit dem Signal zum Verbrennen dessen, was auch
aus Initiativen der Krone heraus auf dem Gebiete der
Förderung der nationalen Wohlfahrt und des gesunden
Fortstrebens geschehen ist.

Die Hinterlassenschaft des letzten Hohenzollern auf dem
Throne ist ein Frieden, als dessen Gefolge die nationale
wirtschaftliche und politische Zerrüttung nur abgewehrt
werden kann, wenn das deutsche Volk das letzte aus sich
herausholt und zu dieser Erwartung berechtigt das Ver-
trauen in die Unverwundlichkeit seiner Kräfte. So schwer
diese Erbschaft nach der jählichen und realen Seite ist, so
leicht mußte sie füglich nach der persönlichen Seite anzu-
treten sein. Es wäre indessen nach der Auffassung
eines starken Volksteiles unbillig und ungerecht,
nun Wilhelm dem Zweiten das Bzept entgleitet, mit
einer wohlfeilen Mißachtung über alles hinwegzusehen,
was sich in seiner Regierungsweise zum Nutzen des
Staates ausgewirkt hat. Ist es erlaubt, zu finden,
daß seine Fehler die Fehler seiner Tugenden
waren? Ist es erlaubt, gar manchen Schatten auf seiner
Regierung zu erklären aus dem Lichte, das seine
eigenartige Persönlichkeit ausstrahlte? Die es tun, sind
nicht blind gegen alle die Geschehnisse, an die sich die
Fragen nach Schuld und Sühne knüpfen; aber sie halten
es für vereinbar, die sinkende Zeit zu begraben und den
Entschluß, gerecht zu sein, leben zu lassen.

Oertliche und Provinznachrichten.

Hagenburg, 11. November.

□ **Anbe ist die erste Bürgerpflicht!** Wenn dieses
Wort jemals eine Berechtigung und einen tieferen Sinn
hat, so ist es in diesen Tagen der Fall, wo nicht nur die
tollsten Gerichte Stadt und Land durchschwärmen, sondern
wo auch die Flut der Ereignisse selbst den Rhythmus in ihre
Wirren zu reihen droht. Und dennoch, wenn wir auch
dem Zusammenbruch unserer politischen Hoffnungen, wenn
wir aus dem harten Frieden wenigstens die Unverletz-
lichkeit der Zuversicht auf eine hellere Zukunft retten wollen,
so kann es nur geschehen, wenn wir in dem rasenden
Tumult des weltgeschichtlichen Geschehens, das jetzt jeden
einzelnen in seinen Vamkreis zieht, die Nerven bewahren. Nur
noch einige Wochen, ja, vielleicht nur noch wenige Tage! Wehe
uns, wenn wir durch vorläufige Worte, durch unkluges Reden
Leidenschaften entfesseln, die vielleicht in unserer nächsten
Umgebung schlummern. Wehe uns, wenn wir in einem Gefühl
angenehmen Gruselns mit der Möglichkeit von Ereignissen
spielen, deren entlegende Wirklichkeit uns in die Ver-
derben gestürzt hat und ganz Europa mit derselben Gefahr
bedroht. Laßt die Schwärmer abseits stehen, brandmarkt

die geistigen und die künftigen Verächter, laßt
fein Feuer durch unüberlegte Reden. Bewahrt die Ruhe,
die ihr vier Jahre lang mühsam und von der ganzen
Welt bewundert, zur Schau getragen habt. Dann kommt
der Tag, an dem ihr mit Stolz sagen könnt, daß auch ihr
geduldet habt, das Reich über die schwerste Krise hinweg-
zuführen. Der Tag kann nur kommen, wenn ihr ihn durch
bedeutende Taten die erste Bürgerpflicht!

□ **Was sollen wir tun?** In diesen ersten Stunden,
da mancher rasselnd den sich überwälzenden Ereignissen
gegenübersteht, hört man häufig die bange Frage: Was
sollen wir tun? Ja, was sollen wir tun, da durch die
Landes eine Bewegung zieht, deren Geist vielen von uns
fremd und deren Entwicklung und Ausgang nicht
abzusehen ist. Was sollen wir tun, da alle Lieb-
gewordene, durch die Überlieferung heilig gewordene
Tafeln brechen und über Nacht gleichsam eine neue
Ordnung der Dinge uns in ihre eiserne Pflicht nimmt?
Da hilft es nichts, daß wir aufbegehren, oder uns der
Entwicklung erbiten entgegenzusetzen wollen — die Ge-
schichte vollendet nach unerschütterlichen Gesetzen ihren Lauf.
Es muß auch nicht, wenn wir nun den Lauf der Dinge
zu hemmen oder zu beschleunigen suchen, die Hände in
den Schoß legen und tatenlos abseits stehen. Die neue
Zeit des neuen Deutschland, die der Krieg herauf-
geführt hat, verlangt unsere ganze Kraft und
treueste Pflichterfüllung. Und wenn wir diesen
eingedenken, so ergibt sich die Antwort auf
die bange Ratselfrage dieser Tage von selbst. Was
sollen wir tun? Wir tun, nicht verweigern. Wenn je
das Vaterland jeder Arm und jede Hand für den Dienst
an seinem heiligen Boden und an seiner Wohlfahrt brauchte,
so jetzt, wo wir aus verlorenem Krieg das Heimatland
durch schwerste Stürme in die Zeit des Friedens, des
Neubaues, der Wiederherstellung überführen sollen. Das
Gebot der Stunde heißt also: nicht verzagen, sondern
arbeiten, damit aus den grauen Novembertagen leuchtend
die hellere Zukunft des Reiches aufsteige, in dem unsere
Kinder fröhlich und glücklich leben.

□ **Reisgenieße auf Brotkrumen wird für Hagenburg**
in dem Geschäft von Karl Dabach abgegeben. Wegen
der geringen Menge des der Stadt zugewiesenen Weizen-
mehles ist es nicht möglich, dieses ebenfalls auf Brot-
krumen zu verabsorgen, da die geringe Menge für Kinder
und Kranke verfügbar bleiben muß.

□ **Eine freudige Ueberraschung** besonders für unsere
Schuljugend, wurde gestern unserer Stadt bereitet.
Von drei aus Südwesten herkommenden Flugzeugen
landete bei Hof Kleeberg eines, angeblich wegen Benzin-
mangels. Zur Ergänzung des Betriebsstoffes blieb das
Flugzeug bis heute hier und unternahm im Laufe des
heutigen Nachmittags einige Rundflüge über die Stadt.
Herrn Karl Montanus und Herrn Wilhelm Münch sowie
einer beherzten jungen Dame von hier war es vergönnt,
an der mehrmaligen Ueberfliegung der Stadt teilzuneh-
men. Nach Absehung seiner Flugzeuggäste trat der
Militärflieger den Weiterflug in der Richtung Bonn an.

□ **Protestfächer.** Wegen Störung im Westen ist
die Annahme gewöhnlicher, Wert und bringender Patete
von Privatpersonen nach den Bezirken Aachen, Trier,
Coblenz, Köln, Düsseldorf, Dortmund, Münster und
Minden und innerhalb dieser Bezirke für 12. 13. und
14. gesperrt.

□ **Der gesamte Feldpostverkehr** nach der
Westfront ist wegen augenblicklicher Bahnverhältnisse
gesperrt.

Die Presse der Reichshauptstadt.

Auch die Presse Berlins zeigt heute deutlich den Um-
schwung des zeitigen Tages. Alle Zeitungen verweisen
auf die Tatsache, daß das W. Z. B. unter der Leitung
des Arbeiter- und Soldatenrates steht. Der bisherige
geringe Einfluss der oppositionellen Richtung der Sozial-
demokratie im Presseleben der Hauptstadt, vor allen Dingen
durch das Fehlen einer Tageszeitung der unabhängigen So-
zialdemokratie, ist durch die Übernahme von zwei großen
Blättern beseitigt. Jetzt haben alle Richtungen der Sozial-
demokratie in Berlin ein täglich erscheinendes Blatt. Dem
„Vorwärts“, dem Organ der Sozialdemokratischen Partei,
haben sich jetzt zwei neue Kampfer angefügt. Der ehemalige
„Köln-Anzeiger“, das Organ sozialistischer Großkap-
italisten befindet sich in den Händen der Spartakus-Gruppe
und erscheint jetzt unter dem Namen „Die Rote Fahne“.
Das bisherige offiziöse Sprachrohr der Regierung, die
„Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, ist von der unab-
hängigen Sozialdemokratischen Partei übernommen worden.
Sie hat ihr den stolzen Titel: „Die Internationale“ ge-
geben. Als verantwortlicher Redakteur zeichnet Hans Bloch,
der bisherige Chefredakteur der Leipziger Volkszeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat eine inter-
essante Geschichte hinter sich. Im Jahre 1881 von Graf
einem grundsätzlichen Republikaner gegründet, war sie einige
Zeit demokratisch geleitet. In dieser Zeit gehörte ihrer
Redaktion auch Wilhelm Liebknecht an. Allerdings nur
kurze Zeit, da er zu der Einsicht kam, daß sein außer Rame
für eine schlechte Sache mißbraucht werden sollte. Erwäh-
nenswert ist, daß Karl Marx auf Veranlassung von Bismarck
durch den damaligen Finanzminister Riquel zur Mitarbeit
herangezogen werden sollte, Karl Marx lehnte natürlich
ab. Jetzt ist dieses Organ, nachdem es über ein halbes
Jahrhundert Vertreterin der Regierungsmeinung war und
als Bismarcksches Organ die Bekämpfung der Arbeiterbewe-
gung und des Sozialismus zur Hauptaufgabe hatte, in
den Dienst dieser Bewegung gestellt worden. Ein ver-
heißungsvoller Anfang!

Nah und Fern.

□ **Nein Bissener Bier mehr.** Der Bissener National-
ausbau hat die Ausfuhr von Bissener Bier verboten,
damit der heimische Gebrauch gedeckt werde und weil keine
Bürgschaft dafür besteht, daß die Wagen wieder zurück-
geführt werden. Wie mitgeteilt wird, sind in Deutschland
nennenswerte Vorräte von Bissener Bier überhaupt nicht
mehr vorhanden. Die Preise für das Bissener Bier waren
stark in die Höhe gegangen. Während 1914 der Hektoliter
noch 58 Mark kostete, wurden jetzt im Kleinverkauf
164 Mark für die gleiche Menge bezahlt.

o **Einfuhr von Möbeln aus Groß-Rußland.** In letzter Zeit hat der Transportverkehr aus Groß-Rußland größeren Umfang angenommen. Namentlich in Möbeln hat sich ein reges Geschäft entwickelt. Die Möbel, die in Moskau und Petersburg in großen Lagern zum Abtransport gesammelt werden, entspringen zum Teil dem Besitze der leeren Zeit bei Ausbruch der Revolution aus Rußland geflüchteten Personen.

o **Tschechische Bilderstürmer.** In Prag wurden Flugzettel verteilt, in denen die Bevölkerung aufgefordert wurde, die in ihrem Besitze befindlichen Kaiserbilder und Habsburger Orden, sowie alle Erinnerungen an das alte österreichische Regime auf den ehemaligen Hinrichtungsplatz zum Verbrennen zu bringen. Abends versammelte sich dort auch eine große Volksmenge mit einer Anzahl Kaiserbilder usw., aus denen ein großer Scheiterhaufen errichtet wurde. Bald schlugen die Flammen empor und zerstörten diese äußeren Erinnerungszeichen an die alte Zeit.

o **Verhängnisvoller Schülerstreik.** In Salpe erbrachen drei Schüler einen mit Pulver gefüllten Raum und brachten Pulver zur Explosion. Das Lager flog in die Luft, wobei die Schüler getötet wurden.

o **Erdbeben in München.** Mittwoch wurden in verschiedenen Stadtteilen zwei kurze, aber heftige Erdstöße verspürt. Die Stöße riefen Krüßern der Mauern und Schwanen der Möbel hervor. Auf Anfrage bei der Sternwarte wird mitgeteilt, daß vom Seismographen etwa um 8 Uhr 28 Minuten ein sehr starkes Nahbeben aufgezeichnet wurde.

o **Kaubereitigkeit.** In einer Schuhwaren-Niederlage in Bernau bei Berlin erlitten am hellen Mittag acht Einbrecher mit einem Fuhrwerk, erbrachen die Haupteingangstür und schleppten auf dem Wagen neun Kisten mit Bergmannsschuhen davon, insgesamt 1080 Paar, im Verkaufswerte von 87 000 Mark. Erst bei der Fahrt durch die Stadt schöpfte ein Bürger Verdacht. Der Polizei gelang es, den Wagen in Vergiß-Vorn festzuhalten und mehrere der Einbrecher zu verhaften.

o **Weibliche Pfarrer in der Schweiz.** Die Stadt Zürich hat seit einer Woche zwei weibliche Pfarrer. Das ist in Europa der erste Fall vor der Übernahme des Pfarramtes durch Frauen. Denn die in nordischen Ländern und in Holland tätigen weiblichen Pfarrer sind Angehörige freier Kirchen, nicht von Staats wegen beauftragt. Die beiden Schweizer weiblichen Pfarrer sind zwar noch nicht in Amt und Würden, bisher aber schon ausbühnweise sehr tätig, wie durch die Ordination im Namen des Kirchenrates berechtigt, alle Verpflichtungen des geistlichen Amtes zu übernehmen.

o **Ergiebige Seehundsjagd in der Ostsee.** An der Südküste der dänischen Insel Lolland hat sich in der letzten Zeit eine Menge Seehunde gesammelt; sie treten in

großen Scharen auf und führen am Strande ein munteres Leben. In Massen werden die Fischer große Fänge. In einzelnen Tagen werden so 16 bis 18 Seehunde gefangen; außerdem werden viele abgeköpft. Für die Köpfe in der Seehundlang eine gute Nebeneinnahme. Der Staat zahlt für jeden erlegten Seehund eine Prämie; außerdem wird für den Tran, der ja jetzt sehr teuer ist, ein guter Preis erzielt. Aus einem mittelgroßen Seehunde können 60 Liter Tran gekocht werden.

o **Es gibt wieder holländische Zigarren.** Das holländische Ministerium hat jetzt die Ausfuhr von 500 Millionen Zigarren gestattet. Einheitszigarren können nicht weiter in den Handel. Statt dessen müssen die Fabrikanten einen bestimmten Betrag für je 1000 Zigarren der Unterhaltungs-kasse für Arbeitslose zuwenden. Das Amsterdamer Nijts-bureau voor Tabak hat die auf jeden einzelnen Fabrikanten entfallende Zahl von Zigarren, die ausgeführt werden mag, bereits festgelegt.

o **Verheerungen der Grippe in Amerika.** Die Krankheit tritt in den Vereinigten Staaten sehr bösartig auf. In den Truppenlagern sind täglich im Durchschnitt 1200 neue Fälle, davon 360 Todesfälle und 1854 Fälle von Lungenentzündung zu verzeichnen. Die Gesamtzahl der Kranken in einer Woche betrug 127 413, davon 10 423 Lungenentzündungen und 2889 Todesfälle. In manchen Lagern betrug der Zuwachs von Tag zu Tag 100 %.

München, 9. November. Das Straßenbild zeigt heute wieder ein ruhiges Bild. Die Läden sind zum Teil noch geschlossen. Die die Straßen durchziehenden Patrouillen sorgen für die Aufrechterhaltung der Ordnung. Die Betriebe beginnen wieder zu arbeiten. Von den Frauen-türmen weht seit Freitag die rote Fahne der Revolution. Am Freitagabend mußten die Geschäfte bis 7 Uhr geschlossen sein, was überall befolgt wurde. Das Publikum hatte um 9 Uhr abends die Straßen zu räumen. Heute wurde die Polizeistunde auf 11 Uhr festgelegt. Die Frage der Lebensmittelversorgung in München bietet nach Zusicherungen des Arbeiter- und Soldatenrates zu Befürchtungen keinen Anlaß. Die hiesige Stadtverwaltung hat die neue Regierungsform anerkannt. Die bisherigen Minister haben heute die Amtsräume verlassen und die Geschäfte den neuen Männern übertragen. Ohne Urlaubsschein darf kein Soldat die Stadt verlassen. In den Theatern mit Ausnahme des Hoftheaters, der Kleinkunstbühnen und der Lichtspieltheater werden heute wieder Vorstellungen abgehalten. Der Straßenbahn-betrieb wird wieder regelmäßig durchgeführt.

Koblenz, 9. November. Verhandlungen zwischen der Kriegsstelle Koblenz und der Intendantur des 8. Armeekorps mit dem Soldatenrat Koblenz haben volle Einigung darüber ergeben, daß die gesamten Behörden und die diesen unterstellten Dienststellen nach wie vor ihre Geschäfte, insbesondere Versorgung der Truppen, Bäckerei, der Bevölkerung sowie der Betriebe mit Rohstoffen und Le-

bensmitteln im Einverständnis mit dem Soldatenrat durchführen und daß sie dabei den weitestgehenden Schutz der Unterstellung des Soldatenrates genießen. Anordnungen dieser Behörden gelten als solche des Soldatenrates. Die übrigen Soldatenräte des Korpsbezirks werden gebeten, ähnliche Anordnungen zu erlassen und zu öffentlichen.

Soldatenrat für Koblenz und Umgebung. Die bisherigen Geschäftsstellen der genannten Verbände bleiben bestehen.

Der Arbeits-Ausschuß. Köln, 9. November. Der Gouverneur der Provinz Köln teilte dem Arbeiter- und Soldatenrat mit, daß nach der Abdankung des Kaisers eine Veränderung geschaffen sei. Er erkennt den Arbeiter- und Soldatenrat an und stellt seine Mitarbeit zur Verfügung.

Samburg, 10. November. Generaldirektor von der Hamburg-Amerika-Linie ist infolge eines Herzinfalles gestorben.

Volls- und Kriegswirtschaft.

* **Übermäßige Erhöhung der Eisenbahntarife.** deutschen Staatsbahnen sehen sich von neuem gezwungen auf eine Vermehrung der Einnahmen durch Erhöhung der Tarife im Güter-, Tier- und Personenverkehr Bedacht zu nehmen. Bei den Personentarifen wird auf die im Eisenbahn-Gesetz und Eisenbahntarifen zurzeit bestehende Zuschläge Rücksicht genommen werden. Die Erhöhung wird voraussichtlich im ersten Viertel des Jahres durchgeführt werden.

* **Sinkende Preise im Weinhandel.** Die in den letzten Wochen herrschende sinkende Richtung im Weinhandel. Die Kaufabschlüsse sind sogenannte Nullkäufe, d. h. der Käufer mußte keine knappen Vorräte aufweisen. Ganz besonders machten die ausbleibenden Aufträge der Seeresverwaltung stark preisdrückend bemerkbar. Auch die Friedenssicherung wirken drückend auf das Barometer der Weinpreislage.

* **Wieviel Vieh heimlich geschlachtet wird.** Ein Bericht des Hamburger Kriegsvorsorgsamtes sagt in einer Erklärung über die Frage der zukünftigen Ernährung u. a. in einem Vierteljahr 400 000 Stück Vieh und 321 000 Schweine heimlich geschlachtet worden seien. Darum ist die Unterhaltung der Fleischversorgung notwendig gewesen, aber den Selbstversorger nicht treffen, der an den verbotenen Schlachtungen hauptsächlich schuld ist. Man kann schon nahe legen, daß das meiste Fleisch in den Fleischläden verbraucht wird. Natürlich im Schleichhandel.

* **Preissturz im Schweinehandel.** Auf dem in der Woche abgehaltenen Viehmarkt vollzog sich ein erheblicher Preissturz im Schweinehandel. Die Alterswoche wurde mit 6 bis 12 Mark bezahlt. Ältere Sauerschweine erzielten 10 bis 210 Mark.

Für die Schriftleitung und Anzeigen verantwortlich: Theodor Kirchhöbel in Hachenburg.

Am Mittwoch nachmittag von 1—4 Uhr findet in der Schule hierseits für Kinder bis zu 2 Jahren der Verkauf von Zwieback und Kindergerstenmehl statt. Jedes Kind bis zu 2 Jahren erhält 2 Pakete Zwieback je 42 Pfg. und 2 Pakete Kindergerstenmehl je 38 Pfg. Gleichzeitig wird auf Lebensmittelfürsorge-Abschnitt Nr. 39 Süßstoff verabreicht. Auf je 2 Personen entfällt 1 Päckchen. Außerdem wird Kaffee und Blüchenwurst zum Verkauf gelangen. Hachenburg, den 11. 11. 1918. Der Bürgermeister.

Polizei Verordnung.

Auf Grund der §§ 5 und 6 der Allerhöchsten Verordnung vom 20. September 1907 über die Polizeiverwaltung in den neuverordneten Landesteilen und des § 142 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 wird für den Umfang des Oberwelterwaldkreises unter Zustimmung des Kreisausschusses folgende Polizeiverordnung erlassen:

§ 1.

Die im § 9 der Polizeiverordnung vom 3. Dezember 1904, Kreisblatt Nr. 98 von 1904, betr. die Gebühren, vorgesehene Gebühr von 2.— Mark wird auf 3.— M. erhöht.

§ 2.

Diese Polizeiverordnung tritt sofort in Kraft.

Marienberg, den 31. Oktober 1918.

Der Königl. c. Landrat. Ulrich.

Wird veröffentlicht.

Hachenburg, den 4. 11. 1918. Der Bürgermeister.

Stellvertretendes Generalkommando des 18. Armeekorps. Frankfurt a. M./Main, den 15. Oktober 1918.

Verordnung

Betr.: Versand von Briefen und Postkarten nach dem Auslande.

Auf Grund des § 9 b des Gesetzes über den Völkerverkehrsgesetz vom 4. Juni 1851 in der Fassung des Reichsgesetzes vom 11. Dezember 1915 bestimmen wir für den Befehlsbereich des 18. Armeekorps und des Gouvernements Mainz:

„Auf Briefen und Postkarten nach dem Auslande hat der Absender seinen Vor- und Zunamen, Wohnort nebst Straße und Hausnummer anzugeben. Briefe und Postkarten die diesen Vermerk nicht enthalten, werden von der Postverwaltung ausgehändigt.“

Falsche Angaben des Absenders werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre beim Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.“

Der stellv. Kommandierende General.

Riedel, General der Infanterie.

Der Gouverneur der Festung Mainz.

Bausch, Generalleutnant.

Wird veröffentlicht.

Hachenburg, den 7. 11. 1918. Der Bürgermeister.

Allg. Ortskrankenkasse für den Oberwelterwaldkreis zu Marienberg.

Ausschuß-Sitzung

am Sonntag, den 24. d. M., nachmittags 2 Uhr im Hotel Schmidt zu Hachenburg.

Tagesordnung: 1. Voranschlag für das Jahr 1919.

2. Wahl des Rechnungsausschusses.

Die Mitglieder des Ausschusses bezw. deren Ersatz-männer werden ersucht, möglichst vollständig zu erscheinen. Marienberg, 10. November 1918.

Jäger, Vorsitzender.

Freiwillige Versteigerung.

Am Mittwoch, den 13. November d. J., werde ich im Auftrag des Domänenpächters Herrn E. Sauch zu Hof Kleeburg zirka 25 Morgen Rohrabern öffentlich meistbietend versteigern. Beginn der Versteigerung vormittags 10 Uhr. Kaufliebhaber versammeln sich am Hofe. Karl Reihardt, Müschenbach.

Nur für Wiederverkäufer!

Zylinder, Lampenteile
Emailwaren, Blechwaren, Spielwaren
Korbwaren, Leiterwagen
Porzellan- und Glaswaren

Lagerbesuch lohnend.

Albert Rosenthal, Nassau a. d. Lahn.

Kochsalz Viehsalz

stets reichlich vorrätig.

Bitte Füllsäcke einsenden.

Karl Winter, Hachenburg.

Todes- + Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, am 9. Nov. nachm. 10 Uhr meine innigstgeliebte Frau, unsere liebe Schwiegertochter, Schwester und Schwägerin

Emilie Klöckner geb. Otterbach

nach kurzem schweren Leiden im Alter von 39 Jahren zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Lothum, Jülfurth, den 11. November 1918.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Carl Klöckner IV.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 13. Nov., nachmittags 2 Uhr statt.

Der eigne Arzt im Viehstall

ist jeder, der das Buch vom Landwirtschaftsredakteur Karl Dehnan besitzt:
Des Landwirts Ratgeber in guten und bösen Tagen.

30 Fachtexte, Tierärzte, Gärtnereien, Landwirt-schaftsbeamte, Kreisbienenmeister, landw. Lehrer und Ärzte haben an dem „Berk mitgearbeitet und daher schreibt auch die „Berliner Morgenzeitung“: Das reichhaltige Buch ist von praktischen Landwirten verfaßt und für die Praxis bestimmt und enthält in gemeinverständlicher Darstellung für alle Fälle, die sich in der Landwirtschaft ereignen, Belehrung, Rat und Hilfe und gibt reiche Anregung. Selbst der erfahrenste Landwirt wird aus dem reich illustrierten Buch noch manche nützliche Anregung schöpfen. Fachmänner haben hier, jeder auf seinem Gebiet, ihre in jahrelanger Arbeit gesammelten Erfahrungen der Berufsangehörigen vorverleitet. Und das gibt dem Buch die in anderen seinen besonderen Wert — Das Landw. Ratgeber schreibt: Ein wirklich prächtiges Buch für jeden Landwirt, das 325 Seiten starke Buch, das 110 Abbildungen enthält, ist ein wertvoller Helfer bei Viehkrankheiten usw. Preis dauerhaft 4 Mark.

Bei dem allgemeinen Mangel an Tierärzten muß Viehbesitzer „Des Landwirts Ratgeber“ im Hause haben. Vorrätig in der Buchhandlung Th. Kirchhöbel, Hachenburg.

Wieder eingetroffen:
Zentrifugenöl
in besser Ware.
Karl Balduß, Hachenburg.

Ein Sack gesunde
S. Stein bei Juma
Hachenburg.

Mehrere zugkräftige
Pferde

verkauft
Gustav Berger & Co.
Hachenburg.

Einige Hühner
mit Eiern, vom 17. bis
zu kaufen gesucht. Adressen
der Geschäftsstelle d. H. H. H.

Unentbehrlich
für Jedermann
Der neue Postkarte
auf Karton zum Aufheben
das Stück zu 30 Pfg.
empfiehlt
Buchhandlung Th. Kirchhöbel
Hachenburg.

Magenwein
empfiehlt K. Dasbach, Hachenburg.